

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Grundpreis: monatlich 2.80 M., vierteljährlich 8.40 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle längerer Abwesenheit, Streik, Auslieferung, Betriebsänderung bei der Zeitung ist keine Haftung auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 60 Pf., die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; außerhalb: 70 Pf. bezw. 1.00 M. Ausland 2.— bezw. 3.— M. Abatit N. Tarif, Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 544

Samstag, 20. November 1920.

74. Jahrgang

3. Parteitag der Deutschen Volkspartei.

2. und 4. Dezember 1920 in Nürnberg.

Für den am 2. und 4. Dezember in Nürnberg stattfindenden 3. Parteitag der Deutschen Volkspartei ist folgende Tagesordnung festgelegt:

- Freitag, den 3. Dezember, 10 Uhr vormittags:
 - Eröffnung des Parteitages durch den Vorsitzenden des Bundesvorstandes, Abg. Dr. Stresemann. Wahl der Vorsitzenden, Bildung des Büros, Begrüßungsansprachen.
 - Die politische Lage. — Berichterstatter: Vizekanzler Dr. Heinze, Dr. Stresemann, M. d. R.
 - Der Friedensvertrag von Versailles. — Berichterstatter: Rechtsanwalt Dr. Joseph Zweifelhaken, M. d. R.
 - Ausprache.

- Samstag, den 4. Dezember, 10 Uhr vormittags:
 - Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei. — Berichterstatter: Dr. Hugo, M. d. R., Verbandsleiter Thiel, M. d. R., Generaldirektor Böcker, M. d. R.
 - Ausprache.
 - Geschäftsbericht, Stand der Organisation, Bericht: erstatter: Geh. Reg.-Rat Gernich, M. d. pr. 2.
 - Ausprache.

Die Verhandlungen des Parteitages finden in den Räumen des Industrie- und Kulturvereins, Brauentorgraben 40, statt.

Der Geschäftsführende Ausschuss hält am Mittwoch, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, eine Sitzung im Hotel „Württembergischer Hof“, Bahnhofplatz 2, ab.

Der Parteivorstand tritt am Donnerstag, den 3. Dezember, vormittags, im großen Saal des Künstlerhauses, Zimmer 90, zu einer Sitzung zusammen.

Am Freitagabend findet am Donnerstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, in den großen Sälen des Künstlerhauses, Zimmer 90, statt.

In großer öffentlicher Versammlung sprechen am Freitag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal des Kulturvereins, Brauentorgraben 40, die Reichstagsabgeordneten Dr. Wenke, Senator Deutgen und Geheimrat Professor Dr. Hoff.

Am Samstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, versammeln sich alle Teilnehmer des Partitages zu einem gemeinsamen Essen im großen Saal des Industrie- und Kulturvereins, Brauentorgraben 40.

- Besondere Tagungen:
- Reichstagsfraktion: Mittwoch, den 1. Dez., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Künstlerhaus „großer Saal“.
 - Reichstagsfraktion: am gleichen Tage, vormittags 9 1/2 Uhr, im Hotel Württembergischer Hof, Bahnhofplatz 2.
 - Reichstagsfraktion: Sonntag, den 5. Dez., vorm. 9 Uhr, im Deutschen Hof (Lehrerheim), Brauentorgraben 20, großes Zimmer.
 - Reichstagsfraktion: Sonntag, den 5. Dez., vorm. 2 Uhr, im Kulturverein, Brauentorgraben 40, Zimmer 2 und 3.
 - Reichstagsfraktion: Sonntag, den 5. Dez., vorm. 9 Uhr, im Kulturverein, Brauentorgraben 40, Zimmer 1.
 - Reichstagsfraktion: Sonntag, den 5. Dez., vorm. 9 Uhr, im Künstlerhaus „Königstr. 93, großer Saal“.
 - Reichstagsfraktion: Sonntag, den 5. Dez., vorm. 9 Uhr, im Deutschen Hof (Lehrerheim), Brauentorgraben 20, Zimmer 1 und 2.
 - Reichstagsfraktion: Sonntag, den 5. Dez., vorm. 9 Uhr, im Deutschen Hof (Lehrerheim), Brauentorgraben 20, Zimmer 1 und 2.
 - Reichstagsfraktion: Sonntag, den 5. Dez., vorm. 9 Uhr, im Deutschen Hof (Lehrerheim), Brauentorgraben 20, Zimmer 1 und 2.

Der Reichstag

Seit gestern in erster Lesung den Gesetzentwurf über den Staatsbankrott. Die Abgeordneten (D. V.) und Reichstagsmitglieder (D. V.) sprachen sich im Rahmen der Annahme des Entwurfs aus, der den Grundgedanken der Ministerverantwortlichkeit vertieft und verankert. Demnach ist die Haftung des deutschen Reiches, Graf. Reichstagsmitglieder gegen den Reichstag, die Minister noch nicht, machte der sozialdemokratische Abg. Prof. Dr. Redlich und die Unabhängigen bekämpften das Gesetz als unzulässig, das einem Ausbruch überwiegen wurde.

Das Befinden der Kaiserin.

Leichte Besserung.

Die der Vertreter des B. L. B. in Amsterdam erschienen. Die Kaiserin eine leichte Besserung einsetzten. Die Ärzte ordneten größte Schonung an, der Kaiserin ist nach Birmingen zurückgekehrt.

Die Folgen der Kohlennot.

Am 19. Nov. Die „Allg. Volksztg.“ meldet aus Regensburg: Ansohn Kohlenmangel müssen sämtliche Betriebe, die an das hiesige Elektrizitätswerk angeschlossen sind, am Samstag und Sonntag außer Betrieb bleiben. Auch die Straßenbahn stellt in diesen Tagen den Betrieb ein.

Tirol ohne Bahnverkehr.

Am 19. Nov. Infolge des Streiks des Bahnpersonals ruht in ganz Tirol der Eisenbahnverkehr.

Die Wiedergutmachung.

Entscheidung über die Entschädigungssumme.

Aus außenpolitischen Kreisen erfährt unser Berliner Vertreter: In der Entschädigungsfrage steht man jetzt in London und Paris vor endgültig entscheidenden Erwägungen. Nach sehr zuverlässigen französischen Mitteilungen soll man im Begriff stehen, die Abfertigung endgültige Entschädigungssumme festzusetzen, wieder aufzugeben, da die Unwiderstehlichkeit eines solchen Vorgehens schon jetzt besteht. Dafür will man insbesondere von französischer Seite aus die Kritik für die Leistungen der Entschädigungen für Deutschland auf 40 Jahre festsetzen, anstatt auf 20, wie es der Friedensvertrag vorgesehen hatte. Ferner soll die Wiederherstellungskommission ermächtigt werden, die Jahresraten, die Deutschland zu zahlen hat, nach eingehenden Verhandlungen mit deutschen Sachverständigen endgültig festzusetzen. In Genf soll eine 1. Rate festgesetzt werden, die Deutschland in den nächsten drei Jahren zu bezahlen haben wird. Man spricht davon, daß die Höhe dieser Jahresraten zwischen 60 und 80 Milliarden schwanken soll.

Neue Ersatzforderung von Zerstörerschiffen.

Berlin, 19. Nov. Der Vorsitzende des interalliierten Aufklärungs- und Kontrollkomitees in Berlin hat dem Auswärtigen Amt einen Bericht über die Vorkommnisse anlässlich der in welchem folgende Forderungen aufgestellt wurden:

1. Die vorhandenen deutschen Zerstörer „Hoden“ und „Hodent“ sollen dem interalliierten Aufklärungs- und Kontrollkomitee als Ersatz für zwei zerstörte deutsche Zerstörer übergeben werden. Die deutsche Regierung ist gehalten, den alliierten Mächten den Wert der künftigen zerstörten Zerstörer, sei es in Geld, sei es durch Neubauten, zu ersetzen.

Deutscherseits wird, wie wir hören, der Standpunkt vertreten, daß wegen der Zerstörung der Zerstörer keinerlei Forderungen von der Entente mehr erhoben werden können, weil alle Ansprüche wegen der vor der Beendigung des Krieges erfolgten Zerstörungen durch das Seaprotokoll erledigt worden sind.

Die tschechische Deutsche Feindschaft.

Prag, 19. Nov.

Auch im Laufe des heutigen Tages kam es zu Ausschreitungen. Die deutschen Plakate sind bisher nicht erschienen. Im bisherigen deutschen Landestheater wurde auch weiter tschechisch gespielt. Die Zeitung „Cesko Slovo“ erfährt, es sei an maßgebender Stelle entschieden worden, daß das Landestheater dauernd den Tschechen verbleiben werde.

Aussagen Königs Konstantins.

König Konstantin erklärte einem Redakteur des „Petit Parisien“ über die aufständische griechische Politik, es müsse ein Abkommen mit Bulgarien und Serbien getroffen werden. Auch mit der Türkei müsse eine Vereinbarung aufgefunden werden, damit die Griechenmehelken in Kleinasien aufhören. Es sei immer seine Absicht gewesen, mit Rumänien und der Türkei freundschaftlich zusammen zu arbeiten. Die Worte müsse aber den durch den Friedensvertrag von Sevres geschaffenen Zustand anerkennen. Die neue Realpolitik werde die unterzeichneten Verträge erfüllen. Besonders um die Ausföhrung dieser Verträge sicher zu stellen, werde die Zusammenarbeit mit der Kleinen Entente ins Auge gefaßt, jedoch unter der Bedingung, daß diese Zusammenarbeit nicht an Abenteuer führt. Der König erklärte, er könne auf die Sympathie Italiens zählen. England werde, wenn es wünsche, in ihm einen mindestens ebenso treuen Mitarbeiter wie in seinem ehemaligen Ministerpräsidenten haben.

Frankreich gegen Konstantin.

Paris 19. Nov. Es wird über die letzten hatigehabte Unterredung zwischen Ministerpräsident Leger und dem englischen Vorkämpfer Lord D'Oran eine halbamtliche Note veröffentlicht, die besagt, der französische Ministerpräsident habe dem englischen Vorkämpfer zu erkennen gegeben, die französische Regierung sei der Rückkehr König Konstantins auf den griechischen Thron absolut feindlich gesinnt. Leger habe die Ansicht ausgedrückt, die Lage müsse unbedingt von den griechischen Schutzmächten besprochen werden. Der französische Ministerpräsident habe auch auf die Folgen aufmerksam gemacht, die die Demission von Venizelos hinsichtlich der Lage im Osten haben könne.

Ortsrathenwahlen.

Bürgerliste, Arbeitgeber und Hauswirtschaftsvorstände!

Zur Eure Pflicht und wählt die Listen I.

Für Arbeitnehmer (Bürgerliste) beginnend mit dem Namen Grabherr, Konstantin, endend mit dem Namen Lanz, Pina.

Für Arbeitgeber (Hauswirtschaftsvorstände) beginnend mit dem Namen Hans, Eduard, endend mit dem Namen Schwarz, Josef.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 20. November.

Stadtverordneten-Sitzung.

In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung, in der vierzig Mitglieder anwesend waren, und die unter der Leitung des Stadtverordnetenvorstehers Geh. Justizrat Dr. Alberti handelte, wurde die Sache der ersten öffentlichen Erhebung einer öffentlichen Entschädigung aller Parteien — allerdings in einer Sache, für deren Verurteilung das einmütige Zusammenstehen aller öffentlichen Kreise unabdingbare Voraussetzung sein muß. Es handelte sich um die Ersetzung von Maßnahmen gegen das Unwesen der Bars, Weindiebstahl, Kabadiebstahl usw., das in letzter Zeit hier in erschreckendem Maße um sich gegriffen hat. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Herr res hatte die Sache mit einer Anfrage auf die Tagesordnung gebracht, was der Magistrat zu tun gedachte, um der Ausdehnung, Konzeptionierung und Ueberbreitung der Polizeistunde dieser zweifelhaften Vergütungsstellen ein Ende zu setzen.

Stadtverordneter Herr res begründete seine Anfrage in ausführlicher Weise und entwarf aufgrund von ihm angelegter Ermittlungen ein geradezu erschreckendes Bild von dem sittlichen Tiefstand unserer Zeit. Der sich in diesen Städten der Lust und Freude breitmacht zum Nachteil unseres Volkes und des guten Rufes unserer Stadt. Die Ueberbreitung der Polizeistunde wäre an sich das wenigste, wenn nicht dadurch der Völlerei und Unmuth Vorwand geliefert würde und das noch dazu teilweise unter dem Vorwand einer Veranstaltung zu wohltätigen Zwecken. Die Barsinhaber wissen die Vorkehrung der früheren Polizeistunde für Lokale mit weiblicher Bedienung dadurch zu umgehen, daß sie zur Bedienung der Gäste keine weiblichen Angestellten haben, daß sie aber Bardamen halten, die ohne Gehalt oder nur sehr geringen Gehalt gewissermaßen als Ladaohel dienen und die Gäste zum Trinken antizipieren müssen. Einzelne Barsinhaber versuchen unter einem französisch klingenden Ausdrucksbild den Eindruck zu erwecken, als ob sie unter französischer Protektion arbeiten würden. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil hat die Befugnisbehörde im Einvernehmen mit der Polizeibehörde bereits Maßnahmen zur Reinhaltung ihrer Truppenangehörigen von diesen Vergütungsstellen getroffen. Zur Bekämpfung des Unwesens in diesen Lokalen sollte der Roder einen Antrag, daß sämtliche Bars usw. abends um 10 Uhr zu schließen haben, daß bei Erteilung von Konzessionen die Berufsvertretung zu hören sei, und daß der Ratskommissionar zu erörtern sei, die Kohlen- und Lichtlieferung solcher Lokale zu verbieten. In dieser Zeit der Not und des Geldmangels und der drückenden Kosten müsse sowohl vom städtischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus alles getan werden, um diesem Treiben ein Ende zu machen.

Bürgermeister Travers erklärte, daß gegen die Anträge nichts einzuwenden sei. Das Treiben in den Lokalen sei ein Krebsgeschwür, der sich im Laufe der neuen Zeit eingeschlichen habe. Darum sei es erwünscht, daß die Angelegenheit öffentlich besprochen werde. Auch er betonte, daß die Befugnisbehörde mit einer Befugnisbehörde beratender Lokale nichts zu tun habe. Es sei Sache der deutschen Behörden, dagegen vorzugehen. Allerdings würde die Ersetzung von Maßnahmen in diesem Falle nicht ausreichen sein, wenn nicht gleichzeitig eine Befugnisbehörde des Volkes an sich in die Ersetzung tritt. Eine Konzeptionierung solcher Lokale als Vergütungsstellen sei nicht erfolgt, sondern lediglich der Ausbruch von zeitigen Getränken unterliege der Konzeptionierung. Man müsse bei der Polizeibehörde vorstellig werden, daß namentlich die unteren Polizeistunden ein scharfes Auge auf die Einhaltung der Polizeistunde haben, auch die Vorkämpfer der Kohlen- und Lichtlieferung könnten zu einer Befugnisbehörde der Verhältnisse beitragen. Er empfehle daher, den Antrag anzunehmen.

Stadtverordneter Herr res als Mitglied der Arbeitskommission erklärte, daß in den letzten Jahren keine Wirtschaftskonzeptionen mehr erteilt worden seien, daß also diese Vergütungsstellen nicht nur aufgrund früherer Konzeptionen sich zu solchen umgewandelt haben. Auch er erklärte in der schärferen Handhabung der Polizeistunde das einzige Mittel, um dem Treiben Einhalt zu tun.

Herr res erklärte, daß die Sache der ersten öffentlichen Erhebung einer öffentlichen Entschädigung aller Parteien — allerdings in einer Sache, für deren Verurteilung das einmütige Zusammenstehen aller öffentlichen Kreise unabdingbare Voraussetzung sein muß. Es handelte sich um die Ersetzung von Maßnahmen gegen das Unwesen der Bars, Weindiebstahl, Kabadiebstahl usw., das in letzter Zeit hier in erschreckendem Maße um sich gegriffen hat. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Herr res hatte die Sache mit einer Anfrage auf die Tagesordnung gebracht, was der Magistrat zu tun gedachte, um der Ausdehnung, Konzeptionierung und Ueberbreitung der Polizeistunde dieser zweifelhaften Vergütungsstellen ein Ende zu setzen.

Nach einem Schlußwort des Antragstellers, worin dieser mitteilte, daß die Polizeibehörde bereit sei, vorzugehen, wenn sie dazu beantragt werde, wurde der Antrag Herr res einstimmig angenommen.

In Verlauf der Sitzung wurde nach einem Bericht des Stadtverordneters Herr res der Aufschluß des Elektrizitätswerkes mit den Mainkraftwerken sowie besserer Ausnutzung der Betriebsanlagen (Einbeziehung des Rheingauer Elektrizitätswerkes) und gegenwärtiger Ausbisse bei Betriebsstörungen auszuheilen, ebenso ein Vertrag mit der Gemeinde Schölk, die zur Beleuchtung mit elektrischem Licht, und Kraftstrom dem hiesigen Elektrizitätswerk angeschlossen werden soll.

Auch die Bewilligung des Nachtrags zum Ortsrat betr. die obkultorische Kaufmännische Fortbildungsschule, worin die Erhöhung des Schulgeldes auf 20 Mark formell

